



PRESSEMITTEILUNG

Nr.273/GP

21.09.2022

Holetschek: Bundesregierung muss Wohl von Kindern und Jugendlichen stärker in den Blick nehmen - Bayerns Gesundheitsminister zum aktuellen Kindergesundheitsbericht der Stiftung Kindergesundheit

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung dazu aufgerufen, das körperliche und seelische Wohl von Kindern und Jugendlichen stärker in den Blick zu nehmen. Holetschek sagte anlässlich der Vorlage des Kindergesundheitsberichts der Stiftung Kindergesundheit am Dienstag in München: „Kinder haben ein Recht, gesund aufzuwachsen. Ihr Wohlergehen muss weiterhin eines unserer dringlichsten Ziele sein.“

Der Minister fügte hinzu: „Die Corona-Pandemie hat jedoch auch für Kinder erhebliche physische, psychische und soziale Folgen. Darauf hatten wir bereits im Juni mit unserem bayerischen Kindergesundheitsbericht ‚Kindergesundheit in Zeiten einer Pandemie‘ hingewiesen. Der Bericht der Stiftung Kindergesundheit bestätigt diesen Befund. Auch der Klimawandel und aktuelle Krisen wie der Ukraine-Krieg können Kinder und Jugendliche erheblich belasten. Wir müssen uns den Folgen als Gesellschaft stellen.“

Holetschek kritisierte: „Die Bundesregierung hat leider wertvolle Zeit verschenkt. Unter dem Vorsitz Bayerns hatte die 94. Gesundheitsministerkonferenz bereits am 16. Juni 2021 einstimmig einen Leitantrag zur Kindergesundheit verabschiedet.“

Zentrale Forderung des Antrags ‚Zukunft gestalten – die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Kontext der Corona-Pandemie‘ an den Bund war die Einrichtung einer Enquete-Kommission auf Bundesebene. Sie soll einen länderübergreifenden interdisziplinären Sachstandsbericht für ganz Deutschland zu Daten und Folgen der Pandemie erstellen, die Forschung zu den Auswirkungen intensivieren und Maßnahmenvorschläge für die Bundesregierung erarbeiten.

Holetschek kritisierte: „Leider ist der Bund dieser Forderung bislang nicht nachgekommen. Dabei wäre eine Enquete-Kommission der Bedeutung dieser Herausforderung angemessen.“

Die bayerische Staatsregierung fördert bereits zahlreiche Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche mit psychischem Hilfebedarf noch besser zu unterstützen. Holetschek betonte: „Niemand darf allein gelassen werden, wenn er in einer psychischen Krise Hilfe benötigt. Wir unterstützen Betroffene und deren Angehörige und bauen hierfür



passgenaue Unterstützungsstrukturen auf – niedrighschwellig, wohnortnah und bedarfsgerecht. Bayern verfügt über ein vielfältiges und differenziertes medizinisches Versorgungssystem auf hohem Niveau. Gerade in der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung ist die Lage in einigen Regionen jedoch angespannt.“

Holetschek forderte daher, dass der Bund die psychotherapeutische Bedarfsplanung endlich weiterentwickelt sowie für eine angemessene Regelung der Personalausstattung in psychiatrischen Kliniken sorgt: „Die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten müssen künftig in einer eigenen Arztgruppe beplant werden. Nur so können wir die Wartezeiten verkürzen. Zudem brauchen wir eine zeitgemäße und bedarfsgerechte Personalbemessung. Die Bundesregierung muss deshalb endlich die Neufassung der Richtlinie zur Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik (PPP-RL) über eine Anpassung des gesetzlichen Auftrags an den Gemeinsamen Bundesausschuss voranbringen.“

Der Minister bekräftigte: „Wir werden in Bayern unsere Förderung psychotherapeutischer sowie kinder- und jugendpsychiatrischer Niederlassungen gerade im ländlichen Raum in Zukunft fortsetzen. Alleine in den letzten zehn Jahren haben wir im ländlichen Raum 174 psychotherapeutische und 17 kinder- und jugendpsychiatrische Niederlassungen gefördert.“

Holetschek ergänzte: „Auch den Ausbau der voll- und teilstationären Angebote in der Erwachsenen- sowie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie treiben wir voran. Die bereits genehmigten zusätzlichen Kapazitäten in der Erwachsenenpsychiatrie (199 Betten und 265 Plätze) sowie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie (123 Betten und 52 Plätze) werden die Versorgung landesweit weiter verbessern. Der Freistaat baut auch die Zahl der Masterstudienplätze für Psychotherapie an den Universitäten aus. Und mit der regelmäßigen Psychiatrieerberichterstattung haben wir ein tragfähiges Fundament geschaffen, um die Situation von Prävention und Versorgung psychischer Erkrankungen in Bayern umfassend abzubilden und zukunftsgerecht weiterzuentwickeln.“

Holetschek fügte hinzu: „Zudem unterstützen wir die Bezirke bei Aufbau und Weiterentwicklung der Krisendienste Bayern und setzen uns mit einer Öffentlichkeitskampagne dafür ein, psychische Erkrankungen weiter zu entstigmatisieren und aus der Tabuzone zu holen. Beispielhaft ist das Magazin ‚MuckIMAG‘, das jüngere Kinder und ihre Familien und deren Belastungen im Zuge der Corona-Pandemie in den Blick nimmt.“